

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **33 (1953-1954)**

Heft 8

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die sehr angesehene und stark verbreitete Wochenzeitung «*The Christian Century*» veröffentlichte in ihrer Nummer 33/1953 den interessanten Aufsatz «*Communism and the Clergy*» von *Reinhold Niebuhr*. Dieser ist, laut schweizerischem evangelischen Pressedienst von Dr. *Arthur Frey*, «zweifellos als der bedeutendste amerikanische Theologe anzusprechen» (Nr. 38, Blatt 8). Nachdem Niebuhr die Situation in den USA einer Prüfung unterzogen, untersucht er in einem weiteren Abschnitt die Verhältnisse in Europa und schreibt:

«Die europäischen Mitläufer sind anderer Art. Ironischerweise gehörten einige ihrer bedeutendsten Vertreter zu den mutigsten Gegnern des Hitlertums, und nur wenige sind von der marxistischen Ideologie angesteckt. *Karl Barth* allerdings ist, trotz seiner ausdrücklichen Ablehnung aller weltlichen Ideologien, beeinflusst von der marxistischen Beurteilung Amerikas als eines ‚kapitalistischen‘ Landes und von einem Glauben an die ‚sozialistische‘ Wirtschaft Rußlands, welche die wahre Natur des totalitären Regimes zu überdecken vermag. Niemöller, der nicht als gewöhnlicher Mitläufer gelten kann, steht unter dem Einfluß Barths. Er erklärt jede Erscheinung russischer Tyrannei unentwegt als Beweis eines ‚russischen Primitivismus‘. Hromadka, der bekannte tschechische Mitläufer, schwimmt ebenfalls in Barths Kielwasser. Seine Neigung stammt ursprünglich aus einer romantischen Idealisierung Rußlands als des ‚großen Bruders‘ der slawischen Nationen und aus dem Haß gegen die ‚bürgerliche‘ Kultur, den er sich — nebenbei gesagt — während seines Amerika-Aufenthaltes im Krieg zugelegt hat. Auch der ungarische Bischof Bereczky ist ein Jünger Barths und hat ein schlechtes Gewissen, weil die Kirche die früheren ungarischen Feudalherren gewähren ließ. Er ist nicht der einzige, der nicht begreifen will, daß eine ‚fortschrittliche‘ Bewegung sich als schlechter erweisen kann als die Zivilisation, die sie zerstört hat. Der berühmte ‚Red Dean‘ von Canterbury hat offensichtlich keine ideologischen Bindungen zum Marxismus. Er leidet an einem weichen Herzen, einem noch weicheren Kopf und einer unüberwindlichen Eitelkeit, die nur durch die kommunistischen Massen gestillt werden kann.

Es existiert ein interessanter Brief, in welchem Barth den ungarischen Bischof dahin belehrt, daß der rote Dean nicht erst zu nehmen sei. Im ganzen befolgen die Mitläufer unter den europäischen Theologen das Schlagwort der neutralistischen Intellektuellen: ‚Zum Teufel beide Häuser!‘ (Mercutio in «*Romeo und Julia*», III. Akt, 1. Szene, Der Übersetzer.) Ihre traditionelle Verachtung des Kapitalismus erlaubt ihnen, die Irrtümer des amerikanischen Selbstbewußtseins mit den Grausamkeiten der unheilvollsten Tyrannei unserer Geschichte gleichzusetzen.»

In zwei Artikeln der «*New York Herald Tribune*» (New Yorker Ausgabe) vom 29. September und 1. Oktober 1953 macht *Walter Lippmann* kritische Ausführungen zur innenpolitischen Stellung Präsident Eisenhowers. Im ersten Artikel kritisiert er Eisenhowers Theorie, daß fast alle großen Probleme gelöst werden können, wenn die sich widersprechenden Interessengruppen zusammengebracht und veranlaßt werden, eine Vereinbarung auszuarbeiten. «Ich fürchte, daß alle Erfahrung gegen ihn (Eisenhower) spricht, wenn er annimmt, er könne durch Belehrung und Überredung erreichen, daß die vielen Interessengruppen und Richtungen weniger ‚calculating‘ oder weniger ‚self-interested‘ sein würden oder sich weniger widersprechen würden.» ... «Diese Theorie — daß die Politik das sein

wird, was immer aus der Konferenz der sich widersprechenden Interessen hervorgeht — bedeutet gewöhnlich entweder überhaupt keine Vereinbarung oder eine Vereinbarung, den Kuchen in gleiche Teile zu zerschneiden.» . . . «Solange die sich in einer bestimmten Frage gegenüberstehenden Interessengruppen ermutigt werden, zu glauben, daß sie die Frage entscheiden werden, daß sie nicht nur Ansprüche stellen, sondern selbst die Politik machen, ebenso lange werden sie angespornt werden, einen immer stärkeren Druck auszuüben und mehr und mehr zu verlangen.» «Ist dies nicht die Lehre aus der unglücklichen Durkin-Affäre? . . . Auf Grund der Theorie, alles könne geregelt werden, machte er (Eisenhower) Mr. Durkin, einen orthodoxen Gewerkschafter, zum Secretary of Labor, und Mr. Weeks, einen orthodoxen McKinley-Republikaner, zum Secretary of Commerce. Diese zwei Unvereinbaren hätten sich durch Zusammensein im gleichen Kabinett und die Magie der Überredung auf eine Politik einigen sollen, die sowohl für die American Federation of Labor als auch für die National Association of Manufacturers annehmbar gewesen wäre. Dies führte dazu, daß der Präsident, der die letzte Verantwortung hatte, ohne jemanden blieb, der ihm in der Gestaltung der Labor-Politik der Regierung hätte beistehen können. Die beiden Männer, die seine Minister hätten sein sollen — d. h. seine Berater und Gehilfen bei der Gestaltung und Ausführung der Regierungspolitik — waren tatsächlich bloße Parteivertreter in der Auseinandersetzung. Als sie sich nicht einigen konnten, verlor das Weiße Haus die Kontrolle.» . . . «Lösungen werden in der Form von Entscheidungen des Präsidenten kommen müssen, d. h. Entscheidungen von ihm und von den Departements-Chefs, die er ernannt hat und denen er Rückhalt geben muß. Die Unterstützung des Kongresses und des Landes werden durch Ausübung der Vorrechte seines Amtes, der Macht und des Einflusses seiner Stellung als Führer seiner Partei erhalten werden müssen.»

Im zweiten Artikel weist Lippmann darauf hin, die bisherige Unterstützung Eisenhowers durch den Kongreß und die republikanische Partei sei im wesentlichen Senator Taft zu danken gewesen. «Es ist, glaube ich, kaum eine Übertreibung, zu sagen, daß sich die Beziehungen des Präsidenten zum Kongreß auf die Zusammenarbeit mit dem Senator stützte. Taft kam der Stellung eines Premierministers des Präsidenten so nahe, wie dies in unserer Regierungsform überhaupt nur möglich ist. Er war es, der eine zustimmende Mehrheit für die Maßnahmen der Administration organisierte. Er war es, der letztlich bestimmte, welche Maßnahmen die Unterstützung der republikanischen Partei im Kongreß finden könnten.» «Das Verhältnis, das Taft und Eisenhower entwickelten, machte beiden Männern Ehre. Es zeigte in beiden eine wirkliche Großmut und ein Fehlen von Eifersucht und falschem Stolz.» . . . «Es bedeutet kein Urteil über Senator Knowland, sondern nur eine Anerkennung von Tatsachen, zu sagen, daß dieser die Committee Chairmen (Präsidenten der parlamentarischen Kommissionen) nicht so wird führen können wie Taft. Sogar Taft konnte dies nicht annähernd so gut, wie es das öffentliche Interesse und der Erfolg der Eisenhower-Administration erfordert hätten. Das bisher noch nie erlebte und ganz zufällige Experiment eines Senators, der eine Art Premierminister ist, ist zu Ende.»

Die unabhängige Turiner Tageszeitung «*La Stampa*» vom 10. Oktober veröffentlichte unter dem Titel «*Eine gute Basis*» einen Leitartikel von *Luigi Salvatorelli*. Der Verfasser ist der Ansicht, Italien sei in der Triestiner Frage um zwei beträchtliche Schritte vorwärtsgekommen, wenn auch unmittelbar noch keine definitive Lösung vorliege. Der Vorschlag einer Volksabstimmung im Sinne des Ministerpräsidenten Pella, nämlich zur Abstimmung alle im Territorium Triest vor dem Anschluß an Italien (1918) Geborenen zuzulassen, habe Tito in die Enge getrieben. Eine Weigerung seinerseits komme einem Geständnis der Italianität Triests gleich. Bei jedem künftigen Lösungsvorschlag von italienischer Seite, der

dem jugoslawischen Staatsoberhaupt nicht genehm wäre, werde man ihn nun auffordern können, einer Volksabstimmung doch zuzustimmen. Die USA und Großbritannien sind sodann gezwungen worden, gegenüber beiden Parteien aus ihrer passiven Haltung herauszutreten — einer Haltung, die im Grunde genommen eine substantielle Begünstigung Titos darstellte —, indem sie die Verwaltung der Zone A des Territoriums Triest Italien übergaben. Obschon es sich um eine provisorische Verwaltung und nicht um einen endgültigen Entscheid handelt, ist der Autor der Ansicht, dieser Beschluß stelle eine Benachteiligung Titos dar, der nun einerseits jede Hoffnung auf Änderungen zu seinen Gunsten in der Zone A aufgeben müsse, andererseits in der Zone B keine rechtlichen Veränderungen und größere Vorteile mehr erreichen könne, da diese jetzt schon die für ihn bestmöglichen sind. Zum Schluß faßt Salvatorelli zwei mögliche Lösungen ins Auge: Entweder Volksabstimmung oder Rückkehr des ganzen Territoriums zu Italien, gemäß der ethnischen Grenze.

«*Unsicherheiten des Westens*» ist der Titel eines Artikels von *Alfonso Sterpellone* im «*Giornale di Sicilia*» vom 8. Oktober, einem unabhängigen, den Parteien der Mitte nahestehenden Blatt. Der Aufsatz umfaßt mit einem panoramischen Rundblick die Beziehungen des Westens zu Rußland und diejenigen der USA zu Europa. Die Waffenruhe im kalten Krieg hat Moskau Gelegenheit zu einer Regelung interner Fragen gegeben, und zwar in dreifacher Form: Ersatz einer Kaste durch eine andere, Neuordnung der Produktionspläne, Anpassung der Satellitenstaaten an die neue Situation in Rußland. Seitens des Westens ergab sich keine einheitliche Stellungnahme, und die Polemik geht weiter, ob diese Entspannung alle Probleme in ihrer Gesamtheit betreffe oder nur die einzelnen Fragen, nacheinander genommen. Der Verfasser glaubt, daß eine solche Waffenruhe letzten Endes Rußland nütze, da sie in den verschiedenen Ländern die zentrifugalen Kräfte des Nationalismus begünstigt, ebenso die neutralistischen Tendenzen, welche die Kommunisten bisher unterstützt hatten. Andererseits ist es notwendig, die Phase des antikommunistischen Kreuzzuges zu überwinden, da diese Idee Rußland den propagandistischen Vorwand geliefert hatte, von einer angeblichen kapitalistischen Einkreisung zu reden. Die einzige mögliche Lösung ist das Angebot eines Nichtangriffspaktes an die Sowjetunion, der ja eine weitere Aufrüstung nicht verhindert. Nichtangriffspakte mit Rußland würden die europäischen Völker beruhigen, angesichts der Tendenz der Vereinigten Staaten, die Sicherheitsprobleme stets im Hinblick auf die Wahrung ihrer eigenen Interessen in bestimmten Zonen zu betrachten.

Über die Entwicklung des *Kommunismus in Indien* liegen verschiedene Berichte aus den letzten Monaten vor, die, kurz zusammengefaßt, wiedergegeben werden¹⁾. Bei den ersten allgemeinen Wahlen der Republik Indien von 1951/52 entpuppte sich die kommunistische Partei unerwartet als gefährliche Bedrohung der Kongreßpartei, nicht nur infolge der Anzahl von Mandaten, die ihre Kandidaten erhielten, sondern auch, weil es sich erwies, daß sie in gewissen besonders wichtigen Gebieten Indiens festen Fuß gefaßt hatten. Trotz wiederholtem Kurswechsel in den letzten Jahren und wachsenden inneren Schwierigkeiten er-

¹⁾ «Die kommunistische Partei Indiens», von Ruth Fischer, in «Far Eastern Survey», New York, Juni 1953; «Communists' New Old Tactics», in «Thought», Delhi, 16. Mai 1953; Eintritt der Bauernpartei Maharashtras in die kommunistische Partei Indiens, in «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie», Bukarest, 12.—18. Juni 1953; «Communism in Ceylon», in «The Times», London, 19. August 1953; «Red Buddhist» Bid is Weak in Ceylon, in «The New York Times», New York, 23. August 1953; «Wird Indien kommunistisch?», von Hendrik van Bergh, «Deutsche Rundschau», Oktober 1953.

zielten die Kommunisten 1951/52 einige überraschende Wahlerfolge, und zwar schnitten sie ausgerechnet in jenen Gebieten am besten ab, in denen ihre Terroristen am schlimmsten gewütet hatten, in denen sie gegen die Grundbesitzer am rücksichtslosesten vorgegangen waren und in denen sie den stärksten Zwang angewendet hatten, um die ländliche Bevölkerung in die von ihnen geführte revolutionäre Umsturzbewegung hineinzupressen. Allerdings erhielten sie insgesamt nur 6 Mio Stimmen gegenüber 12 Mio für die Sozialisten und 48 Mio für die Kongreßpartei; aber diese Zahl von 6 Mio Stimmen beträgt genau das Hundertfache der eingeschriebenen 60 000 Parteimitglieder! Die kommunistischen Stimmen konzentrierten sich vor allem auf die drei südindischen Staaten Haiderabad, Madras und Travancore-Cochin, in denen die Partei auch die größte Aktivität entfaltet hatte. Der beachtliche Erfolg der Kommunisten in diesen Staaten widerlegt die Behauptung, das soziale Elend bringe den Kommunismus hervor. Die Kommunisten arbeiteten mit einer brahmanenfeindlichen Organisation und mit konfessionellen Organisationen zusammen. Außerdem warfen sie sich zu Fürsprechern der telegusprachigen Bevölkerung auf, die im Mai 1953 die Bildung eines unabhängigen Andhra-Staates auf sprachlicher Grundlage aus Teilen von Madras erreichte.

Ein neuralgischer Punkt ist ferner Nepal, wo 1952, im Anschluß an einen bewaffneten Staatsstreich, kommunistischer Terror wütete. In Kaschmir, dem Zankapfel zwischen Indien und Pakistan, sind zwar die Kommunisten an der Regierung beteiligt, doch haben hier eine erfolgreiche Bodenreform und handwerkliche Produktionsgenossenschaften die soziale Frage weitgehend gelöst, so daß es den Kommunisten schwer fällt, zugkräftige neue Losungen zu finden.

Im großen und ganzen sind die Aussichten der kommunistischen Partei Indiens heute ziemlich ungewiß. Die indische Regierung hat ihre erste Bewährungsprobe erfolgreich bestanden, den nahezu anarchistischen Anfangszustand überwunden, den Bürger- und Religionskrieg beigelegt und Dürre und Hungersnot überdauert. Die Stärkung der Zivilverwaltung und die wachsende Regierungserfahrung der maßgebenden Politiker bilden ein gewisses Gegengewicht gegen die Begleiterscheinungen der unaufhörlichen internen Kämpfe. Je mehr sich die politische Struktur Indiens konsolidiert, desto geringer werden die Chancen der Kommunisten, als Führer eines Bauernaufstandes in Neu-Delhi die Macht an sich zu reißen. Daß sie bei allgemeinen Wahlen eine Mehrheit im Parlament erzielen könnten, ist durchaus unwahrscheinlich. Dagegen bleibt die Frage offen, ob es ihnen gelingen wird, gestützt auf ihre starken Ausgangspositionen in Andhra, in Kaschmir und in andern Gebieten, über den Status einer politischen Minderheit hinauszuwachsen und ihren Aktionsradius wesentlich zu vergrößern. Wenn sie zeigen, daß sie auch regieren können, wenn sie an ihrer gegenwärtigen Politik der Mäßigung festhalten und wenn sie dadurch neue Anhänger gewinnen, dann können sie innerhalb der längst nicht befriedeten indischen Gesellschaft, in der der soziale Fortschritt seit der nationalen Befreiung hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückgeblieben ist, ihren Druck verstärken.

Einige Besorgnis erweckt der Beschluß des kommunistischen Exekutivkomitees von Andhra auf Neuausrichtung der Politik und des Programms der Partei. In Madras geht die vorherrschende Meinung dahin, dieser Beschluß greife nur einem Beschluß für einen politischen Kurswechsel der kommunistischen Partei Indiens vor.

Eine der mächtigsten Waffen der Kommunisten besteht nach Ministerpräsident Nehru in der Möglichkeit, das nationalistische und antikoloniale Gefühl der Asiaten auszunützen. Andererseits ist für den Hindu ein Glaube unannehmbar, der nicht Gott und der Religion den ihnen gebührenden Platz in der Ordnung der Welt einräumt. Der Individualismus von Ministerpräsident Nehru und der Neutralismus als erklärte Außenpolitik seiner Regierung bieten den Kommunisten ein Betätigungsfeld nach ihrem Herzenswunsch. Trotzdem Nehru zweifellos zwischen Kom-

munismus und Antikommunismus einen «dritten Weg» sucht und zwischen Abendland und Sowjetblock ehrlich zu vermitteln sucht, ist seine Persönlichkeit ein wichtiges Bollwerk gegen den Kommunismus, da er bei den in ihrem innersten konservativen und nicht revolutionären indischen Landarbeitern eine fast legendäre Achtung und Verehrung genießt. Solange Nehru als Führer der Kongreßpartei die Zügel der Regierung in der Hand hat und der Kommunistischen Partei Indiens «ihr Nehru» fehlt, sind die Chancen für eine kommunistische Machtübernahme hypothetisch.

In Ceylon suchten die Kommunisten im August eine Verschlechterung der Wirtschaftslage durch einen groß aufgezogenen Generalstreik und anschließende blutige Tumulte auszunützen. Die Regierung bestand zwar die Kraftprobe, aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind damit nicht gelöst. Die Regierung trifft daher energische Maßnahmen zur Verhinderung neuer Unruhen. Bemerkenswert ist einerseits der leidenschaftliche Haß zwischen Stalinisten und Trotzlisten, andererseits der fast aussichtslose Versuch «roter Mönche», die nahezu 5 Mio konservativer Buddhisten Ceylons zum Marxismus zu bekehren.

Das in Innsbruck erscheinende unabhängige österreichische Wochenblatt «*Der Volksbote*» enthält in Nr. 32 nähere Angaben über die *Offiziersausbildung im Ostblock*. Darnach wurden «Tausende von Offizieren aller Rangstufen von den Armeen der Satelliten Rußlands abkommandiert, um Kurse an den sowjetischen Militärakademien zu besuchen und um dann wieder in ihre Länder zurückzukehren, bzw. dort führende Kommandostellen einzunehmen». 1952 sollen 2000 polnische und 4500 tschechoslowakische Offiziere nach Rußland abkommandiert worden sein und Ende 1952 9000 bulgarische Offiziere an sowjetrussischen Militärakademien studiert haben. Die ostdeutsche Volkspolizei soll von mindestens 150 Offizieren kommandiert werden, welche die Kurse der russischen Militärakademien besucht haben. Zu Beginn des Jahres 1953 sind 3000 rumänische Offiziere nach Abschluß ihres zweijährigen Aufenthalts in sowjetischen Militärakademien nach Hause zurückgekehrt. — Es ist berechnet worden, daß die Armeen der Satellitenstaaten nach Mitte 1954 mehr wie 20 000 an sowjetischen Militärakademien ausgebildete Offiziere aller Rangstufen aufweisen sollen.

In unserer September-Nummer wurde auf Seite 301/302 der Auszug eines Artikels der englischen Wochenzeitung «*Time and Tide*» publiziert, der die Wirkungen des Ölkonflikts zwischen Persien und England geschildert hatte. Unabhängig hiervon und gleichsam als Ergänzung dient eine interessante Abhandlung von G.-J. Roos: «*Die Erdölproduktion des Nahen Ostens*» in Nr. 37 der von Dr. Karl Silex herausgegebenen «*Deutschen Kommentare*». Roos beziffert zunächst die Erdölerzeugung der Welt im Jahre 1949 auf über 428 Mio T. (davon in den USA allein 252 Mio oder fast 60%), eine Zahl, die gegenüber der Produktion von 1946 (379 Mio) eine Steigerung um beinahe 13% und im Vergleich mit derjenigen von 1938 (270 Mio T.) sogar um mehr als 58% aufweist. — Das beginnende Atomzeitalter hat also beim Suchen nach und im Verbrauch von Erdöl als Energiequelle noch keine Entlastung gebracht. Im *Nahen Osten*, d. h. in Ägypten, Bahrein, dem Irak, Kuwait, Persien (Iran), Qatar und Saudisch-Arabien, kann die Erdölförderung im laufenden Jahre auf rund 110 Mio Tonnen geschätzt werden; 1946 beschränkte sie sich noch auf 26,5 Mio Tonnen. Kuwait, Saudisch-Arabien und der Irak sind dabei die größten Produzenten (1953 Kuwait 38,9, Saudisch-Arabien 37,9 und der Irak 25,6 Mio T.; Persien ist infolge des Ölkonfliktes von 32,3 Mio Tonnen 1950 auf je 1 Mio 1952 und 1953 zurückgefallen. 1946 förderten Kuwait nur 0,8, Saudisch-Arabien 8,2 und der Irak 4,7 Mio Tonnen). Kuwait, ein Wüstenstreifen von 5000 Quadratkilometern am Persischen Golf, von über 300 000 Arabern bewohnt, wird von Scheich Abdullah Al

Salem regiert. Der Scheich gehört durch seine ungeheuren Einnahmen aus der 50%igen Gewinnbeteiligung am Ölgeschäft zu den reichsten Männern der Erde. Er ist weise genug, den Verdienst in erster Linie zur Förderung der Bevölkerung zu verwenden. An der Spitze von Saudisch-Arabien, gebildet aus den Königreichen Nedschd und Hedschas sowie dem ehemaligen Emirat Asir, steht der König Abdul-Aziz Ibn Saud. Von der die Erdölproduktion betreibenden «Arabian-American Oil Co.», einer Tochter der Standard Oil, bezieht er größere Beträge, an deren Nutzung indessen sein Volk nicht partizipiert. Der Irak endlich ist am Gewinn aus dem Erdölgeschäft zur Hälfte beteiligt. Seinem «Aufbau-Ministerium» stehen zur Durchführung eines Sechsjahresplanes für die Erschließung des Landes 170 Mio Pfd. Sterling zur Verfügung. Roos hält die zukünftige Erdölproduktion des Nahen Ostens für unsicher: das persische Vorbild der Erdöl-Verstaatlichung könne in den übrigen Gebieten leicht Nachahmung finden.

NOCH EINE FINANZVORLAGE

VON LEO SCHÜRMAN

Auspizien

Der Bundesbeschluß über die verfassungsmäßige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes vom 25. September 1953 ist in der Zeit seiner administrativen und parlamentarischen Vorbereitung als ein vorwiegend technischer Gegenstand verstanden worden. Es waren fast allein die Vertreter der lateinischen Schweiz, die, mehr klassischen als pragmatischen Auffassungen verpflichtet, das Schwergewicht auf die moralische Beurteilung legten. Die Manie, Finanz- und Steuerfragen vom Gesichtspunkt des Buchhalters aus anzuschauen, hat seit den denkwürdigen Debatten über die erste Vorlage vom Jahre 1950 bedauerliche Fortschritte gemacht. Darin liegt zwar, wie in jeder Flucht ins Technische, auch Resignation. Die Botschaft vom 20. Januar 1953 ist zwischen den Zeilen davon erfüllt. Der Bundesrat hält sich an das, was gilt, lobt den status quo und beweist sich und den anderen, daß auf diesem Gebiete etwas Neues nicht möglich und daher auch nicht wünschbar sei. So entstand aus den Elementen der jetzigen Übergangsordnung und der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates von 1948 eine neue, zwar nicht originelle, aber technisch nicht ungeschickte und politisch nur diskret tendenziöse Wehrsteuervorlage.